

„Der Mensch ist das Kriterium – nicht die Leistung“

Der Sozialökologe Michael Opielka fordert ein Grundeinkommen für alle



zivil: Ein „Grundeinkommen“ für alle, für jede und jeden in der Gesellschaft, das hört sich träumerisch an in einem Land, das noch immer den Spruch kennt: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“

Opielka: Diesem Zitat aus dem Neuen Testament, aus den Paulus-Briefen an die Thessalonicher (3, Vers 10), stehen im Christentum auch scheinbar entgegengesetzte Haltungen gegenüber. Es gibt in der Bibel immer auch die Forderung, den Armen zu unterstützen und den Menschenwert nicht an seiner Arbeitsleistung zu bemessen, zum Beispiel in dem schönen Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg, in dem die Arbeiter, die ganz zum Schluss noch eingestellt wurden, den selben Lohn bekamen: „Also werden die Letzten Erste, und die Ersten Letzte sein.“ (Matthäus 20, 1-16) (Dazu mehr ab Seite 38 in diesem Heft)

Es gibt also in der christlichen Kultur unterschiedliche, ein wenig widersprüchliche Ideen in Bezug auf die Frage ob jeder auch einen Anspruch auf Existenz hat, unabhängig von seiner Leistung. Und genau das ist eigentlich die Grundsatzfrage: Ist Leistung auf dem Arbeitsmarkt das einzige Kriterium, durch das wir Teilhabe an der Gesellschaft beanspruchen dürfen?

zivil: Welche Kriterien könnte es noch geben?

Opielka: Hinter der Idee des Grundeinkommens steckt die Vorstellung, dass das Kriterium die Existenz des Menschen selber ist. Dass man also positiv formulierte Bürgerrechte hat. Diese Thematik beginnt im Grunde mit der französischen Revolution, wo in der Revolutionsverfassung vom Recht auf Arbeit die Rede war. Und es geht weiter mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1949, wo ein ganzer Satz von sozialen Grundrechten – Artikel 22 bis 29 – formuliert ist: Grundrecht auf Gesundheit, Wohnen, Existenz... Und seit dem Bundessozialhilfegesetz von 1961 haben wir das ja auch in Deutschland: ein Recht auf Existenzminimum, das keinem genommen werden darf.

Die Entwicklung der Grundrechte ist eine evolutionäre Entwicklung: Vor 200 Jahren war die Vorstellung revolutionär, dass der Staat auch für Rechtsansprüche zuständig sei, 100 Jahre später war Bismarck, ein Konservativer, derjenige, der den Sozialstaat einführte.

zivil: Heute haben wir in unserer Gesellschaft Sicherungen eingebaut, die den Sozialstaat ausmachen: Wer arbeitslos wird, bekommt Hilfe, wer krank oder behindert ist, bekommt Hilfe. Was ist der Unterschied zwischen diesen Sicherungen und dem Grundeinkommen?

Opielka: Auf den ersten Blick ist es nur ein kleiner, aber im Bewusstsein ist es ein großer Unterschied. In der zitierten Haltung, nach der, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll, drückt sich ja eine ethische Problematik aus. Hartz IV macht das sehr deutlich. Hartz IV ist Bestandteil einer internationalen Politik – die Engländer sagen: „from welfare to workfare“ –, die versucht, den Kapitalismus und seinen Grundgedanken abzusichern, dass nämlich nur Lohnarbeit eine menschliche Existenz sichern soll.

Im Grunde soll es außerhalb des kapitalistischen Lohnarbeitens keine weiteren Lebenspfade geben. Hartz IV trägt mit dazu bei, dies wieder zu bekräftigen und zu beteuern: Wir Sozialdemo-

kraten, wir Gewerkschaften, wir wollen den Kapitalismus nicht gefährden.

zivil: Das heißt: Der Mensch wird bewertet durch die Arbeit – auch wer wenig arbeitet, hat dadurch immerhin sein Recht auf Existenz erwirkt?

Opielka: Polemisch könnte man sagen: auch der, der nur so tut, als würde er arbeiten... soweit eine kulturkritische Perspektive auf den Kapitalismus. Ich bin ein Freund des Kapitalismus, aber auch der ökologischen und sozialpolitischen Verwandlung des Kapitalismus. Privateigentum hat sich als zweckmäßig erwiesen, die Marktwirtschaft ist effizient. Aber die Marktwirtschaft ist zugleich grausam und Privateigentum neigt zur Monopolisierung und zu Ungerechtigkeit.

Wir müssen politisch und kulturell den Kapitalismus transformieren. Andernfalls haben wir Ausgeschlossene, haben wir Elend und Not. Das ist die Herausforderung an die Politik.

Die Grünen traten einmal an, vor 25, 26 Jahren, mit der Idee einer menschenrechtlichen Politik, und noch immer gibt es an der grünen Basis Menschen, die das wissen; bei den Eliten ist das in Vergessenheit geraten.

Aber der Grundgedanke ist genau der: dass das allgemeine, humanistische Prinzip der menschlichen Würde zum Leitmotiv unserer Politik werden muss.

Den Kapitalismus transformieren

zivil: Kommt dieser Zielsetzung das Modell „Grundeinkommen“ näher – oder klingt es einfach nur schöner als „Sozialhilfe“, „Arbeitslosengeld“?

Opielka: Das ist ein prinzipieller Unterschied. Ein Grundeinkommen sagt: Jeder hat den Anspruch auf einen existenzsichernden Betrag unabhängig von seiner Leistung! Technisch gibt es da verschiedene Lösungen, auf die wir hier nicht eingehen können. Der Grundgedanke aber ist, dass jedem dieser Betrag zusteht, unabhängig von seiner Bereitschaft zu einer Erwerbsarbeit. Es entscheidet also nicht irgend ein Amt: Du verdienst es und du nicht.

zivil: Und woher soll das Geld kommen?

Opielka: Die Finanzierungsfrage kann man nicht unabhängig von der konkret vorgeschlagenen technischen Lösung diskutieren. Man kann sich vorstellen, dass ein Grundeinkommen so organisiert ist – technisch formuliert: in Form einer „Negativen Einkommenssteuer“ –, dass es praktisch genauso viel kostet wie die jetzige Sozialpolitik aus Grundsicherung, Arbeitslosengeld II und So-

„Lieber sind diejenigen arbeitslos, die freiwillig arbeitslos sind“





„Der Mensch will etwas leisten“

zialhilfe. Dies wäre etwa dann der Fall, wenn das Niveau so hoch wäre wie jetzt, und auch nicht mehr Menschen als heute arbeitslos sind, dann auch Grundeinkommen beziehen wollten. Dafür spricht ja außerordentlich viel.

Eines der starken Argumente der Befürworter des Grundeinkommens ist ja, dass sie sagen: Es sollen doch lieber diejenigen arbeitslos sein, die freiwillig arbeitslos sind. Wenn jemand sagt: o. k., ich bin bereit, für ein oder zwei Jahre auf ein Grundeinkommen zu gehen, um eine Art „Frei-Jahr“ zu machen, dann wäre das ja immerhin wünschenswerter, als jemanden aus dem Arbeitsleben hinauszudrängen.

zivil: Die Grundfinanzierung basiert also weiterhin auf der Solidargemeinschaft?

Opielka: Es gibt viele Berechnungen, je nach Modell. Das „Netzwerk Grundeinkommen“ hat einige davon zusammengestellt. Man kann das nachlesen und nachrechnen.¹⁾

Viele Befürworter bei den Kirchen

zivil: Beschäftigen sich mit dem Thema Grundeinkommen nur Wissenschaftler und Theoretiker oder gibt es auch unter den Ökonomen Befürworter?

Opielka: Es gibt auch konservative und liberale Ökonomen, die sich dafür einsetzen, die dann allerdings ein eher niedriges Niveau des Grundeinkommen haben wollen, die linken eher ein hohes. Aber daran sieht man: Das Grundeinkommen ist eine politische Idee, nicht zuerst eine ökonomische Idee. Ist man bereit, jeder Bürgerin, jedem Bürger ein Recht auf Einkommen als soziales Grundrecht zuzugestehen? Das ist eine politische Frage.

Auch für die Gewerkschaften. Dort sind die allermeisten noch dagegen. Weil sie Angst haben, wenn es ein Grundeinkommen gibt, würde keiner mehr in der Gewerkschaft aktiv, weil die Gewerkschaften auf einer wohl unbewussten Ebene davon ausgehen, dass nur die Knute der Existenznot die Menschen überhaupt dazu bringt, erwerbstätig zu sein.

zivil: Ist das Grundeinkommen ein Modell, dem die Kirchen zusprechen können?

Opielka: Bei den Kirchen gibt es sehr viele – im katholischen mehr als im evangelischen Bereich –, die einem Grundeinkommen sehr freundlich gegenüber stehen oder Befürworter sind. Die Katholische Arbeitnehmerbewegung, KAB, setzt sich für ein Grundeinkommen ein; der BDKJ, der Bund Deutscher Katholischer Jugend, hat jüngst einen Beschluss gefasst. Es nimmt zu.

zivil: Man könnte ja befürchten: So ein Grundeinkommen öffnet dem Faulenzen Tür und Tor...

Opielka: ...und den Ausländern, das ist eine häufige Befürchtung. Natürlich: Wenn die Sozialstaaten zusammenrücken und Solidarität praktizieren gegenüber ihren Angehörigen, müssen wir uns geradezu in gewisser Weise abschließen von der Welt. Dieses Problem lässt sich einfach nicht vermeiden. Man muss deshalb dafür sorgen, dass in anderen Teilen der Welt eben auch Sozialstaaten aufgebaut werden.

zivil: Und die Faulen im eigenen Land?

Opielka: Man muss schon Modelle angehen, bei denen auch der Missbrauch begrenzt werden kann. Wenn irgendwann überhaupt niemand mehr arbeiten wollte in Deutschland, und alle mit dem Grundeinkommen zufrieden wären, dann müsste man, würde ich sagen, das Grundeinkommen abschaffen.

Aber: Der Fall ist extrem unwahrscheinlich, denn die allermeisten Leute wollen mehr als 650, 700 Euro im Monat. Ein Grundeinkommen ist ja nicht ein garantiertes Durchschnittseinkommen. Das wäre radikaler Kommunismus. Ein Grundeinkommen ist ein Sockel, der beruhigt, aber nicht verwöhnt.

Der Mensch will etwas leisten

zivil: Könnte dieser Sockel nicht auch als Motivationsbremse wirken? Könnte er nicht dort, wo die soziale Ausgangslage – etwa für Jugendliche – ohnehin schon problematisch ist, zu mehr Apathie und Laisser-faire führen?

Opielka: Zweifellos. Für junge Leute, vor allem für Jungs ohne Berufsabschluss, könnte das in der Tat ein Problem sein, weil das Grundeinkommen ihnen sozusagen eine Lebensperspektive vorgaukelt, die sich dann mit Alkohol- und Fernsehkonsum bescheidet. Aber das ist kein Problem des Grundeinkommens, sondern unseres unfähigen Bildungssystems, das international schlecht abschneidet und das es nicht schafft, die jungen Leute zu gewinnen für die Gesellschaft, zu gewinnen für ein interessantes Leben. Das hat mit dem Grundeinkommen nichts zu tun.

zivil: Aus dem Lager der Arbeitgeber hört man wenig. Als einer der ersten hat sich der Chef der Drogeriemarktkette „dm“, Professor Götz Werner, sehr deutlich für die Einführung eines Grundeinkommens ausgesprochen.

Opielka: Der Götz Werner argumentiert an dieser Stelle sehr radikal, aus einem anthroposophischen Menschenbild heraus, das davon ausgeht, dass der Mensch zur Welt offen ist. Der Mensch will etwas leisten und wir müssen institutionelle Bedingungen schaffen, dass Menschen in ihren Fähigkeiten und ihrem Willen unterstützt werden.

Die ganze Diskussion um Hartz IV geht ja von einer anderen Weltsicht aus: Wir müssen die Menschen drücken, soziale Kontrolle ist unverzichtbar. Im Zivildienst und im Wehrdienst ist das ja auch sehr schön zu sehen: Ich war selber bei der Bundeswehr, habe dort verweigert und dann Zivildienst gemacht. Ich habe also beide Seiten miterlebt. Und die Idee der Armee ist die Idee des Drucks.

Ich meine nicht, dass man immer und überall ganz auf Druck verzichten kann, aber wenn ich die Gesellschaft nach der Idee der Armee aufbaue, dann unterdrücke ich natürlich Möglichkeiten, wie sie etwa im Zivildienst aufscheinen, dass man nämlich nicht nur herausfindet: „Was will die Welt von mir?“, sondern „Was will ich? Was kann ich der Welt, den anderen Menschen geben?“ Und das ist eine andere Perspektive. Eine Perspektive, die in der Zukunft noch viel bedeutsamer werden wird und meiner Meinung nach auch werden muss.

¹⁾ www.grundeinkommen.de

Mit Michael Opielka sprach Werner Schulz

Dr. Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule in Jena und Geschäftsführer des Instituts für Sozialökologie in Königswinter.

Michael Opielka „Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven“, Rowohlt, Reinbek 2004, 12,90 €

Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit
Ausgabe 4, 2005, 35. Jahrgang, Einzelheft 2,50 €

www.zivil.de

zivil

Dossier

Wer kriegt was?

Gerecht verteilen!

Reportage

„Peace-Boat“ –
die schwimmende
Friedensuniversität

4/05